

Weck-Hannemann, Hannelore

Working Paper

Politische Ökonomie des Protektionismus: Ein institutioneller Ansatz

Diskussionsbeiträge - Serie II, No. 109

Provided in Cooperation with:

Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Weck-Hannemann, Hannelore (1990) : Politische Ökonomie des Protektionismus: Ein institutioneller Ansatz, Diskussionsbeiträge - Serie II, No. 109, Universität Konstanz, Sonderforschungsbereich 178 - Internationalisierung der Wirtschaft, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/101544>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

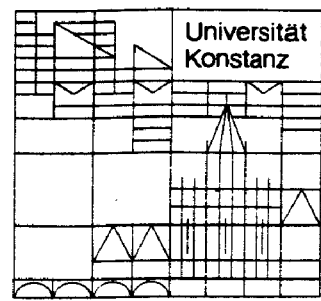
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sonderforschungsbereich 178
„Internationalisierung der Wirtschaft“

Diskussionsbeiträge



Juristische
Fakultät

Fakultät für Wirtschafts-
wissenschaften und Statistik

Hannelore Weck-Hannemann

**Politische Ökonomie
des Protektionismus:
Ein institutioneller Ansatz**

**POLITISCHE ÖKONOMIE DES PROTEKTIONISMUS:
EIN INSTITUTIONELLER ANSATZ***

Hannelore Weck-Hannemann**

Serie II - Nr. 109

Juli 1990

- * *Arbeitspapier für die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Würzburg, 3. - 5. Oktober 1990*

- ** *Für wertvolle Hinweise bin ich Prof. Dr. Werner W. Pommerehne und Eckehard Rosenbaum sehr dankbar. Die Arbeit wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 178 "Internationalisierung der Wirtschaft" an der Universität Konstanz finanziell unterstützt.*

**Politische Ökonomie des Protektionismus:
Ein institutioneller Ansatz**

von

Hannelore Weck-Hannemann
Universitäten Konstanz und Zürich

Zusammenfassung

Bestehende und anhaltende Handelshemmnisse in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden in der Politischen Ökonomie des Protektionismus anhand der interdependenten Beziehung zwischen Nachfragern und Anbietern im politischen Markt für Protektion erklärt. Die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen legen fest, welche Möglichkeiten den Wählern und den Vertretern spezifischer ökonomischer Interessen zur Verfügung stehen, um die politischen Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie bestimmen andererseits auch den diskretionären Spielraum, der den Politikern und der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung steht, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

In diesem Beitrag wird abzuklären gesucht, in welcher Weise unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen das Gesamtniveau und die Zusammensetzung der interventionistischen Eingriffe in den Aussenhandel beeinflussen. Dabei steht nicht die Analyse der ökonomischen Bedingungen als vielmehr die vergleichende Analyse alternativer Institutionen im Vordergrund. Es werden Folgerungen sowohl über den (relativen) Protektionsgrad in unterschiedlichen politisch-ökonomischen Systemen als auch im Hinblick auf die Struktur des Protektionismus abgeleitet. Die Aussagen sind prinzipiell einer empirischen Testung zugänglich. Eine solche umfassende empirische Überprüfung wird in diesem Beitrag allerdings nicht vorgenommen, sondern es werden bereits vorliegende empirische Studien auf ihren "institutionellen" Gehalt ausgewertet. Abschliessend werden mögliche Erweiterungen der Analyse erörtert.

Politische Ökonomie des Protektionismus: Ein institutioneller Ansatz

1. Einleitung

Die bisherigen multilateralen Verhandlungsrunden im Rahmen des GATT haben zu einem wichtigen Ergebnis, der Reduzierung der Zölle der Industrienationen, geführt. Dabei ermöglichte das spezifische Vorgehen nicht nur eine Verminderung, sondern auch eine tendenzielle Angleichung des effektiven Zollschatzes der beteiligten Länder (Donges 1986). Gleichzeitig wächst jedoch die Besorgnis, dass die Protektion in Form nicht-tarifärer Handelshemmnisse zunimmt, so dass die Bemühungen innerhalb des GATT durch diskriminierende und weniger transparente Massnahmen unterlaufen werden. Hierauf deuten Erhebungen nationaler und internationaler Behörden hin (Laird/Yeats 1989): Während Mitte der 60er Jahre volumenmässig etwa ein Viertel aller Importe der Industrienationen nicht-tarifären Handelshemmnissen¹⁾ unterlagen, waren davon 1986 bereits die Hälfte aller Importe betroffen. Darüberhinaus zeigt sich im internationalen Vergleich ein ungleiches Bild: So unterlagen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 1986 rund 54% aller Importe nicht-tarifären Massnahmen, die entsprechenden Anteile für die Vereinigten Staaten und Japan betragen demgegenüber 45% bzw. 43,5%.

Ob das Ausmass dieser Eingriffe in den Aussenhandel durch den Zollabbau in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich reduziert werden konnte, ist somit fraglich. Aufgrund der vielfältigen Erscheinungsformen des Protektionismus ist es äusserst schwierig, das tatsächliche Ausmass an Handelsbeschränkungen und ihre Veränderung über die Zeit zu erfassen. Überdies ändern sie sich ständig, und die neuen, eher indirekten Formen des Protektionismus entziehen sich weitgehend der Erfassung. Angesichts dieser Schwierigkeiten einer direkten Quantifizierung wird im folgenden eine prozessorientierte Betrachtung zugrundegelegt: Es wird auf die **Bestimmungsgründe** der Handelsprotektion abgestellt, um so Anhaltspunkte über die Bedeutung und die Entwicklung der handelsbeeinflussenden Massnahmen und die Unterschiede zwischen Industrienationen zu erhalten. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die bestehenden und im vergangenen Jahrzehnt zunehmenden Ungleichgewichte in der Zahlungs- und Handelsbilanz wichtiger Industrienationen, insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten sowie Japan und der Bundesrepublik Deutschland, die unterschiedliche Anreize setzen, um im politischen Prozess um Protektion nachzusehen (Takacs 1981).

¹⁾ Hierzu zählen sowohl direkte (z.B. Importquoten und Antidumpingzölle) als auch indirekt sich auf den Aussenhandel auswirkende Massnahmen (etwa Werbebeschränkungen und Zollabfertigerfahren).

Mit den Gründen für die Einführung und Aufrechterhaltung protektionistischer Massnahmen hat sich die traditionelle Theorie des internationalen Handels kaum befasst. Sie hat sich vielmehr weitgehend auf die Analyse der Auswirkungen von Zöllen und anderen handelspolitischen Instrumenten beschränkt. Wird dagegen eine aus der nationalen Sicht optimale Politik abgeleitet – sei es entsprechend der traditionellen Theorie eine Freihandelspolitik oder eine in der Optimalzoll- und der neueren Handelstheorie befürwortete protektionistische Politik –, so bleibt jeweils offen, wie diese gesamtwirtschaftlich optimale Politik tatsächlich umgesetzt werden kann.²⁾

In der Politischen Ökonomie des Protektionismus wird die Existenz von Handelshemmnissen als das Ergebnis rationaler Überlegungen der Entscheidungsträger in einer Demokratie interpretiert.³⁾ Bestimmte Gruppen von Wählern, Unternehmen und ihnen nahestehenden Interessengruppen und Parteien fragen Schutz vor ausländischer Konkurrenz nach, der wiederum von Politikern und der öffentlichen Verwaltung angeboten wird. Das Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot auf dem politischen Markt für Protektion bestimmt das Gesamtniveau und die Struktur der interventionistischen Eingriffe in den Aussenhandel.

Die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen legen fest, welche Möglichkeiten den Wählern und den Vertretern spezifischer ökonomischer Interessen zur Verfügung stehen, um die politischen Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie bestimmen andererseits auch den diskretionären Spielraum, der den Politikern und der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung steht, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Im folgenden wird untersucht, in welcher Weise unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen das Gesamtniveau und die Zusammensetzung der interventionistischen Eingriffe in den Aussenhandel beeinflussen. Dabei steht nicht so sehr die Analyse der ökonomischen Bedingungen als vielmehr die vergleichende Analyse alternativer Institutionen im Vordergrund. Es werden Folgerungen sowohl über den (relativen) Protektionsgrad in unterschiedlichen politisch-ökonomischen Systemen (Abschnitt 2) als auch im Hinblick auf die Struktur des Protektionismus (Abschnitt 3) abgeleitet. Die Aussagen sind prinzipiell einer empirischen Testung zugänglich. Eine umfassende empirische Überprüfung wird

²⁾ Grundsätzlich wird hierzu auch von Pionieren der neuen Handelstheorie eingewendet (z.B. Krugman 1987, Richard Baldwin 1988), dass sich die im politischen Prozess ergebenden Politikmassnahmen aufgrund der gravierenden Informations- und Anreizprobleme kaum mit dem gesamtwirtschaftlichen Optimum übereinstimmen werden.

³⁾ Die Betrachtung ist kürzlich auch auf nicht-demokratische (Entwicklungs-) Länder ausgeweitet worden (Amelung 1989).

in diesem Beitrag allerdings nicht vorgenommen. Hingegen werden die vorliegenden empirischen Untersuchungen auf ihren "institutionellen" Gehalt überprüft (Abschnitt 4). Abschliessend werden mögliche Erweiterungen der Analyse erörtert.

2. Alternative Institutionen im politischen Markt für Protektion

Die Politische Ökonomie des Protektionismus⁴⁾ geht von drei Grundannahmen aus: (i) Wirtschaftspolitische Massnahmen beeinflussen den ökonomischen Sektor auf systematische Weise; (ii) ökonomischen Auswirkungen können mit Hilfe der Standardtheorie, der neoklassischen Mikrotheorie, beschrieben werden; (iii) die individuelle Nachfrage nach alternativen Handelspolitiken steht in systematischem Zusammenhang mit den ökonomischen Auswirkungen der einzelnen Massnahmen.

(a) Nachfrage nach Protektion

Die Nachfrageseite des politischen Marktes für Protektion ist durch die folgenden Merkmale und Annahmen gekennzeichnet:

(1) In einer Demokratie ist es realistisch, von einem mittel- bis kurzfristigen Zeithorizont der politischen Entscheidungsträger auszugehen. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, zumindest teilweise immobile Produktionsfaktoren zu unterstellen und der Analyse ein Ricardo-Viner-Modell zugrundezulegen. Demnach sind die **ökonomischen Interessen** nicht factorspezifisch, sondern sektorspezifisch ausgerichtet.⁵⁾

(2) Die Analyse der Nachfrage ist zumeist auf die Identifikation der ökonomischen Interessen und deren Organisierbarkeit beschränkt. Es wird davon ausgegangen, dass die organisierten Interessen direkt in effektive Nachfrage umgesetzt werden können. Diese Annahme ist stark vereinfachend, denn die Organisationsfähigkeit wirtschaftlicher Interessen als auch deren Umsetzung im politischen Prozess wird durch die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen wesentlich mitbestimmt. Es ist daher sinnvoll, auch nach der **Form der Demokratie** und den **Mitspracherechten** der Bürger zu unterscheiden. In der direkten Demokratie können Volksabstimmungen zu konkreten Sachverhalten entweder obligatorisch oder zumindest fakultativ vorgesehen sein. In der

⁴⁾ Die grundlegenden Beiträge von Robert Baldwin sind in dem Sammelband Baldwin (1985) enthalten. Übersichten geben Frey (1985, Kap.2/3), Ursprung (1987), Nelson (1988), Hillman (1989) und Magee/Brock/Young (1990).

⁵⁾ Diese Annahme wird auch durch die empirische Untersuchung von Magee (1980) belegt.

repräsentativen Demokratie sind dagegen im Extremfall keinerlei direkte Mitspracherechte vorgesehen; die Beteiligung der Bürger im politischen Prozess beschränkt sich auf die Auswahl der Repräsentanten in Regierung und/oder Parlament.

(3) Um die Persistenz von Handelshemmnissen erklären zu können ist es wichtig zu berücksichtigen, dass Kompensationen zwischen den Betroffenen und den Bevorzugten bei handelspolitischen Massnahmen nicht kostenlos sind und daher nur unzureichend erfolgen. Neben den **Verhandlungskosten** fallen auch **Partizipations-** und **Informationskosten** an, und zwar sowohl in der repräsentativen als auch in der direkten Demokratie.⁶⁾ Protektionistische Massnahmen können daher über eine überproportionale Teilnahme am politischen Prozess als auch über die Bereitstellung von Wahlkampfgeldern und Informationen seitens organisierter Interessengruppen durchgesetzt werden.⁷⁾

(4) Die Verhandlungs-, Partizipations- und Informationskosten nehmen zu, je komplexer der anstehende Politikentscheid ist. In der Literatur wird im allgemeinen davon ausgegangen, dass sich die politischen Entscheidungen über handelspolitische Massnahmen auf eine eindimensionale Problemstellung beziehen. Es wird meist nur ein handelspolitisches Instrument untersucht,⁸⁾ wobei unterstellt wird, dass die Wähler von diesem interventionistischen Eingriff in eindeutiger (eindimensionaler) Weise betroffen werden. Wird dagegen berücksichtigt, dass sich Wahlen aber auch Abstimmungsvorlagen üblicherweise auf mehrere Dimensionen erstrecken und/oder die Wähler in ihrer Eigenschaft als Faktoreigentümer, Konsument und Steuerzahler unterschiedlich betroffen sind, so ergibt sich bei Anwendung der einfachen Mehrheitsregel nicht notwendigerweise eine eindeutige Entscheidung (Kramer 1973). Wie bereits McKelvey (1976) gezeigt hat, kann sich jede Abstimmungsvorlage - und so auch ein Zollschutz (Mayer/Riezman 1988) - als gesellschaftschaftlich präferierte Lösung erweisen. Die Unbestimmtheit des politischen Prozesses beinhaltet einen Freiheitsgrad, der von den politischen Anbietern ausgenutzt werden kann.

⁶⁾ Mayer (1984) berücksichtigt in seiner Analyse von Volksabstimmungen nur Verhandlungs- und Partizipations-, nicht aber Informationskosten. Letztere werden in der empirischen Untersuchung von Weck-Hannemann (1990) zusätzlich einbezogen.

⁷⁾ Zum Einfluss von Wahlkampfausgaben auf das Wählerverhalten siehe Pommerehne/Lafay (1983). - Im Gegensatz zu diesem auf das ökonomische Eigeninteresse abstellende Überlegungen wird beim "social concern" Ansatz der Erfolg protektionistischer Vorlagen auf die Berücksichtigung gesellschaftlicher Belange durch die Wähler zurückgeführt. Für eine Erörterung beider Ansätze siehe Baldwin (1989).

⁸⁾ In der Mehrzahl der Studien werden lediglich Importzölle analysiert, weshalb auch von endogener Zolltheorie gesprochen wird.

(b) Angebot an Protektion

Auf der Angebotsseite sind die **institutionellen Bedingungen**, die den Handlungsspielraum der politischen Anbieter festlegen, als auch die Modellierung des Verhaltens der politischen Akteure von grosser Bedeutung.

(5) Der Handlungsspielraum der politischen Anbieter kann restriktiv ausgestaltet sein; es kann aber auch ein beträchtlicher diskretionärer Spielraum bestehen. Wie gross der verfügbare Handlungsspielraum ist hängt seinerseits von den institutionellen Bedingungen ab, welche die Nachfrageseite des politischen Marktes für Protektion charakterisieren. Verfügen die Stimmbürger über weitreichende Mitspracherechte und bestehen Anreize, diese auch tatsächlich wahrzunehmen, so ist der Handlungsspielraum für die politischen Anbieter entsprechend klein. Umgekehrt ist zu erwarten, dass die Restriktionen für die politischen Anbieter bei geringen Mitspracherechten und hohen Kosten der politischen Beteiligung schwächer sind; entsprechend besteht ein grösserer Freiraum für eine von der Nachfrageseite unabhängige Politik.

(6) In Abhängigkeit von den gegebenen institutionellen Bedingungen ergeben sich unterschiedliche Folgerungen für die Modellierung des **Angebots an Protektion**: Ein passives Verhalten der politischen Akteure ist vereinbar mit einem Modell, in dem diese die von den Nachfragern geäusserten Interessen lediglich registrieren.⁹⁾ Wird dagegen Eigennutzmaximierung unter restriktiven Bedingungen unterstellt, so ist mit einer aktiven Politik der Stimmenmaximierung zu rechnen, bei der die Interessen der Gesamtheit der Wähler und die spezifischen Anliegen einzelner Wirtschaftsgruppen nicht nur registriert, sondern gegeneinander abgewogen werden. Sofern die mit einer protektionistischen Politik verbundenen Stimmenverluste durch die von den Wirtschaftsverbänden geleistete Wahlkampfunterstützung (und damit durch Stimmengewinne bei anderen Wählergruppen) aufgewogen werden kann, ist eine Politik zugunsten spezifischer Interessen auch für eine eigennutzorientierte und an einer möglichst hohen politischen Unterstützung interessierten Regierung durchaus lohnend.¹⁰⁾ Sind die institutionellen Restriktionen dagegen wenig bindend, so verfügen die politischen Anbieter über einen diskretionären Spielraum, den sie für die Verfolgung eigener Interessen ausnutzen können.

(8) Sobald die wirtschaftspolitischen Entscheidungen aufgrund multipler Auswirkungen einen Freiheitsgrad beinhalten, besteht sowohl in direkten als auch in repräsentativen Demokratien ein Handlungsspielraum. In diesem Fall wird der

⁹⁾ So etwa in den Modellen von Findlay/Wellisz (1982), Mayer (1984) und Mayer/Riezman (1987).

¹⁰⁾ Hiervon gehen u.a. Hillman (1982), Hillman/Ursprung (1988) und Magee/Brock/Young (1990) aus.

Prozess des "agenda setting" bedeutend (Romer/Rosenthal 1987,1978): Für die Politikentscheidung wird mitausschlaggebend, wer die Abstimmungsvorlagen (bzw. das Regierungsprogramm) festlegt, aber auch wie diese festgelegt werden.

(8) Der ökonomische Ansatz und insbesondere die ökonomische Theorie der Politik legen nahe, dass unter diesen Bedingungen für die politischen Anbieter kein Anreiz besteht, sich an gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsüberlegungen auszurichten. Die Politiker und Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung verfolgen ihre **eigenen Interessen**, die sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchzusetzen suchen. Die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung haben ein aus ihrer Tätigkeit abgeleitetes Interesse an Protektion und diskretionär einsetzbaren Instrumenten (Messerlin 1981). Ein Teil der Politiker mag dagegen eher eine liberale Aussenhandelspolitik befürworten. Eine solche Politik liegt umso eher im eigenen (nicht nur ideologisch begründeten) Interesse, je mehr damit Prestige und Ansehen bei Politikern anderer Nationen (in internationalen Verhandlungen) gewonnen werden kann. Nach Messerlin (1981) ist zu erwarten, dass die staatliche Bürokratie ein höheres als von den Politikern präferiertes Protektionsniveau befürwortet. Die interdependente Beziehung zwischen diesen beiden Entscheidungsträgern führt überdies dazu, dass weniger gut kontrollierbare Instrumente zur Anwendung kommen.

(9) Eine am Eigennutzen orientierte Politik ist mit **Opportunitätskosten** verbunden: Die politischen Anbieter verzichten darauf, ihren Entscheidungsfreiraum gegen entsprechende Kompensationen an andere Gruppen der Volkswirtschaft abzutreten.¹¹⁾ In einem "Korruptionsmodell" ist wiederum zu erwarten, dass die gut organisierten und meistbietenden Gruppen und damit die an Protektion interessierten Wirtschaftszweige überproportional zum Zuge kommen, woraus sich eine Tendenz zu vergleichsweise mehr Protektion ergibt.

(c) Marktgleichgewicht: Ausmass an Protektion

Die verschiedenen Aspekte, die im Hinblick auf die institutionelle Ausgestaltung des politischen Marktes für Protektion relevant sind, sind in **Tabelle 1** systematisiert und zusammenfassend aufgeführt. Darüberhinaus ist das Ausmass an Handelshemmnissen, das im Gleichgewicht des politischen Marktes zu erwarten ist, in Abhängigkeit von den institutionellen Bedingungen auf der Nachfrage- und der Angebotsseite angegeben.¹²⁾

¹¹⁾ In Abhängigkeit von den institutionellen Einschränkungen können die Kompensationen in monetärer oder in nicht-pekuniärer Form auf legale aber auch auf illegale Weise erfolgen.

¹²⁾ Für eine ausführliche Ableitung dieser Ergebnisse vergleiche Weck-Hannemann (1990a).

Tabelle 1: Politischer Markt für Protektion: Vergleichend: Analyse alternativer Institutionen und (relatives) Ausmass an Protektion.

Nachfrage nach Protektion	Direkte Demokratie		Repräsentative Demokratie				
	Mitspracherechte der Bürger Vollstimmungen obligatorisch		keine Vollstimmungen Wahl von Repräsentanten				
Angebot an Protektion	Dimensionen: Problemformulierung und Präferenzen		Dimensionen: Problemformulierung und Präferenzen				
	eine	mehrere	mehrere				
Institutionelle Bedingungen	Informationskosten = 0	positive Informationskosten (→ zunehmend)					
	Partizipationskosten = 0	positive Partizipationskosten (→ zunehmend)					
vollständig restriktiv:	Verhalten der politischen Anbieter	positive Verhandlungskosten (→ zunehmend)					
		Z ₁ (=0)	Z ₂	Z ₃	Z ₄	Z ₅	Z ₆
diskretionärer Spielraum	Ausweitung der Protektion	positive Verhandlungskosten (→ zunehmend)					
		Z ₄₁	Z ₄₂	Z ₄₃	Z ₅₁	Z ₅₂	Z ₅₃
	Freihandelspolitik						
	Interdependenz zwischen politischen Anbietern						

Tabelle 1

Unter **idealen Bedingungen** - die Transaktions- und Informationskosten seien vernachlässigbar und das politische System sei vollständig restriktiv - wird eine Freihandelspolitik gewählt ($Z_1=0$). Positive Partizipationskosten führen in einer Ricardo-Viner-Wirtschaft (Mayer 1984) dazu, dass auch eine protektionistische Vorlage Erfolg haben kann ($Z_2 \geq 0$). Der zu erwartende Protektionsgrad nimmt mit positiven und zunehmenden Verhandlungs-, Partizipations- und Informationskosten weiter zu. Im Fall eines vollständig restriktiven politischen Systems, in dem die politischen Anbieter eine auf Stimmenmaximierung ausgerichtete Politik verfolgen, gilt gemäss den Angaben in Tabelle 1 folgende relative Grössenordnung für das Gesamtniveau an Protektion:

$$(1) \quad Z_1 (=0) \leq Z_2 \leq Z_3 \leq Z_4 \leq Z_5 \leq Z_6 .$$

Bei Berücksichtigung eines **diskretionären Spielraums** für die politischen Anbieter ist ausschlaggebend, wer über die Agenda im politischen Prozess bestimmt und welche spezifischen Interessen die "agenda setter" verfolgen. Die Beauftragten in der staatlichen Verwaltung werden eine **Ausweitung der handelspolitischen Eingriffe** anstreben, um ihren Einflussbereich zu erweitern. Entsprechend gilt für die Angaben in Tabelle 1:

$$(2) \quad Z_{41} \leq Z_{51} \leq Z_{61}$$

$$\text{und} \quad Z_{41} \geq Z_4 ; \quad Z_{51} \geq Z_5 ; \quad Z_{61} \geq Z_6 .$$

Wenn allerdings eher liberal eingestellte Politiker bei der Festlegung handelspolitischer Vorlagen den Ausschlag geben, dann kann der Handlungsspielraum zur Verfolgung einer stärker **freihandelsorientierten Politik** verwendet werden. Die Durchsetzung freihandelsorientierter (sowie auch protektionistischer, über den Gleichgewichtspunkt hinausgehender) Interessen ist jedoch mit immer höheren Opportunitätskosten verbunden. Eine im Eigeninteresse liegende Politik dürfte daher umso weniger energisch durchgesetzt werden, je mehr die Politiker (und Bürokraten) über Möglichkeiten verfügen, sich die im politischen Prozess erzielbaren Renten anzueignen. Es folgt:

$$(3) \quad Z_{42} \geq Z_{52} \geq Z_{62} ;$$

$$Z_{42} \leq Z_{41} ; \quad Z_{52} \leq Z_{51} ; \quad Z_{62} \leq Z_{61} ;$$

$$Z_{42} \leq Z_4 ; \quad Z_{52} \leq Z_5 ; \quad Z_{62} \leq Z_6 .$$

Interdependente Beziehungen und Konkurrenz zwischen den politischen Anbietern bewirken wiederum eine Tendenz zu (vergleichsweise) mehr Protektion: Die Politiker sind auf die Unterstützung und die Zuarbeit durch die öffentliche Verwaltung angewiesen. Hieraus ergibt sich:

$$(4) \quad Z_{43} \leq Z_{53} \leq Z_{63}$$

$$\text{und} \quad Z_{42} \leq Z_{43} \leq Z_{41} ; \quad Z_{52} \leq Z_{53} \leq Z_{51} ; \quad Z_{62} \leq Z_{63} \leq Z_{61} .$$

Die institutionelle Analyse des politischen Marktes für Protektion erlaubt, **vergleichende Aussagen** über das Ausmass an Handelsrestriktionen bei gegebenen institutionellen Bedingungen abzuleiten. Die wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Bedingungen, welche die Nachfrage und das Angebot auf dem politischen Markt für Protektion bestimmen, legen gleichzeitig das gleichgewichtige Niveau an Aussenhandelsschutz sowie den damit verbundenen "Preis" fest. Allerdings können **keine absoluten Angaben** über das Protektionsniveau gemacht werden.

In der bisherigen Analyse wurde nicht danach unterschieden, **welches Instrument** zum Schutz vor ausländischer Konkurrenz gewählt wird. Dieser Aspekt ist jedoch einzubeziehen, sofern unterschiedliche Massnahmen zum Schutz der heimischen Wirtschaft zur Verfügung stehen und diese Instrumente die Nachfrage nach und/oder das Angebot an Protektion in unterschiedlicher Weise beeinflussen.

3. Struktur der handelspolitischen Massnahmen

Importzölle, mengenmässige Einschränkungen der Einfuhr und preisliche Entlastungen der Inlandsproduktion sind mit unterschiedlichen Kosten und Nutzen auf der Nachfrage- und Angebotsseite des politischen Marktes verbunden. Die Wirtschaftssubjekte werden in ihrer Eigenschaft als Faktoreigentümer, Konsument und Steuerzahler ungleich betroffen. Aber auch die politischen Anbieter sind an den einzelnen handelspolitischen Massnahmen unterschiedlich stark interessiert: Die in der öffentlichen Verwaltung Tätigen werden diskretionäre Eingriffe gegenüber allgemeingültigen Regelungen wie Zollltarife bevorzugen, weil sie dadurch ihren Einfluss besser ausweiten können. In einer Situation knapper Finanzmittel haben Zölle allerdings den Vorteil, dass vergleichsweise leicht zusätzliche Einnahmen erzielt, die Budgetrestriktion damit gelockert und zusätzliche Freiräume geschaffen werden können.

Die Zusammensetzung der handelspolitischen Instrumente hängt davon ab, wie die einzelnen Gruppen von Akteuren im politischen Prozess vertreten sind und wie gut sie ihre spezifischen Interessen einzubringen und durchzusetzen vermögen. Darüberhinaus sind **weitere Charakteristika** der handelspolitischen Instrumente für die Struktur und das Niveau der Aussenhandelsprotektion relevant:

(i) Auf der **Nachfrageseite** bestehen unterschiedliche Anreize, sich im politischen Prozess für einen Aussenhandelsschutz zu engagieren: Handelspolitische Instrumente, die den Charakter eines öffentlichen Gutes aufweisen, beinhalten weniger Anreize für "rent-seeking" Aktivitäten als solche Instrumente, die eine exklusive Aneignung der Renten ermöglichen. Es ist somit zu erwarten, dass die Nachfrage nach Zöllen und allgemeinen Quoten (*ceteris paribus*) geringer ausfällt als diejenige nach firmenspezifisch zugeteilten Subventionen. Von Bedeutung ist auch, über welche Möglichkeiten die Rentenbezieher verfügen, um im politischen Prozess Einfluss zu nehmen: Fällt ein Teil der Renten bei ausländischen und nicht bei heimischen Wirtschaftssubjekten an (z.B. bei freiwilligen Exportbeschränkungen), so ist ebenfalls mit einer geringeren (wenn auch möglicherweise nicht vernachlässigbaren)¹³⁾ Nachfrage nach Protektion zu rechnen.

(ii) Beim **Angebot** an Protektion ist wiederum nach den institutionellen Nebenbedingungen zu unterscheiden. In einem **vollständig restriktiven politischen System** sind die Politiker gezwungen, auf die Präferenzen der Wähler Rücksicht zu nehmen. Die Einführung und Ausweitung von Handelshemmnissen ist mit politischen Kosten verbunden, die ihrerseits eine Funktion der Spürbarkeit und der Anlastbarkeit der gewählten Politikmassnahmen sind. Für die politischen Anbieter ist es günstiger, auf weniger transparente und ihnen nur schwerlich anzulastende Massnahmen auszuweichen und nicht auf gut sichtbare Instrumente abzustellen. Freiwillige Exportbeschränkungen ausländischer Anbieter sind aus diesen Gründen besonders vorteilhaft, da sie für den einzelnen Bürger kaum spürbar sind und die Politiker die Verantwortung relativ leicht abschieben können. Aufgrund der unterschiedlichen Transparenz und Spürbarkeit ist auch zu erwarten, dass Quoten gegenüber Zöllen, und Zölle gegenüber einer Steuer-Subventions-Politik vorgezogen werden (Hillman 1989, Kap.7).

Das **Gesamtniveau** an Protektion im Gleichgewicht des politischen Marktes hängt davon ab, welche der angeführten Merkmale die einzelnen Instrumente aufweisen und wie sich diese jeweils auf die Nachfrage und das Angebot auswirken.

 Figur 1

In **Figur 1** werden zwei handelspolitische Instrumente (I_1 und I_2) betrachtet. Sie unterscheiden sich insofern, als für I_1 angenommen wird, dass es weniger spürbar und damit mit geringeren politischen Kosten verbunden ist als I_2 (die Angebotskurve $A(I_1)$ liegt unter $A(I_2)$). Darüberhinaus wird unterstellt, dass die Instrumente mit unterschiedlichen Anreizen für "rent-seeking" Aktivitäten

¹³⁾ Vergleiche hierzu Hillman/Ursprung (1988) und Kaempfer/Willett (1989).

verbunden sind. Im oberen **Schaubild (a)** wird davon ausgegangen, dass das Instrument I_1 in stärkerem Ausmass solche Anreize vermittelt: Die Nachfrage nach I_1 ist (bei gegebenem Preis) höher als nach I_2 . Bei dieser Kombination wird sich ein höherer Grad an Aussenhandelsschutz einstellen, sofern dieser mit dem Instrument I_1 und nicht mittels I_2 gewährt wird. Es gilt $Z(I_1) > Z(I_2)$.

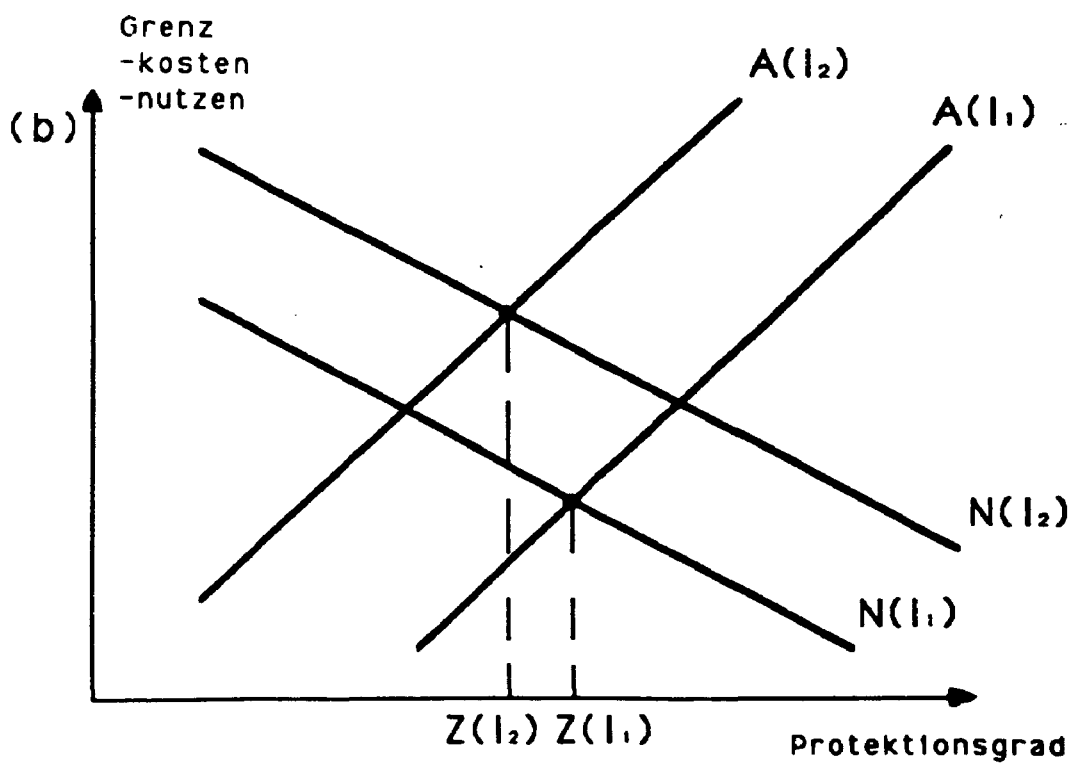
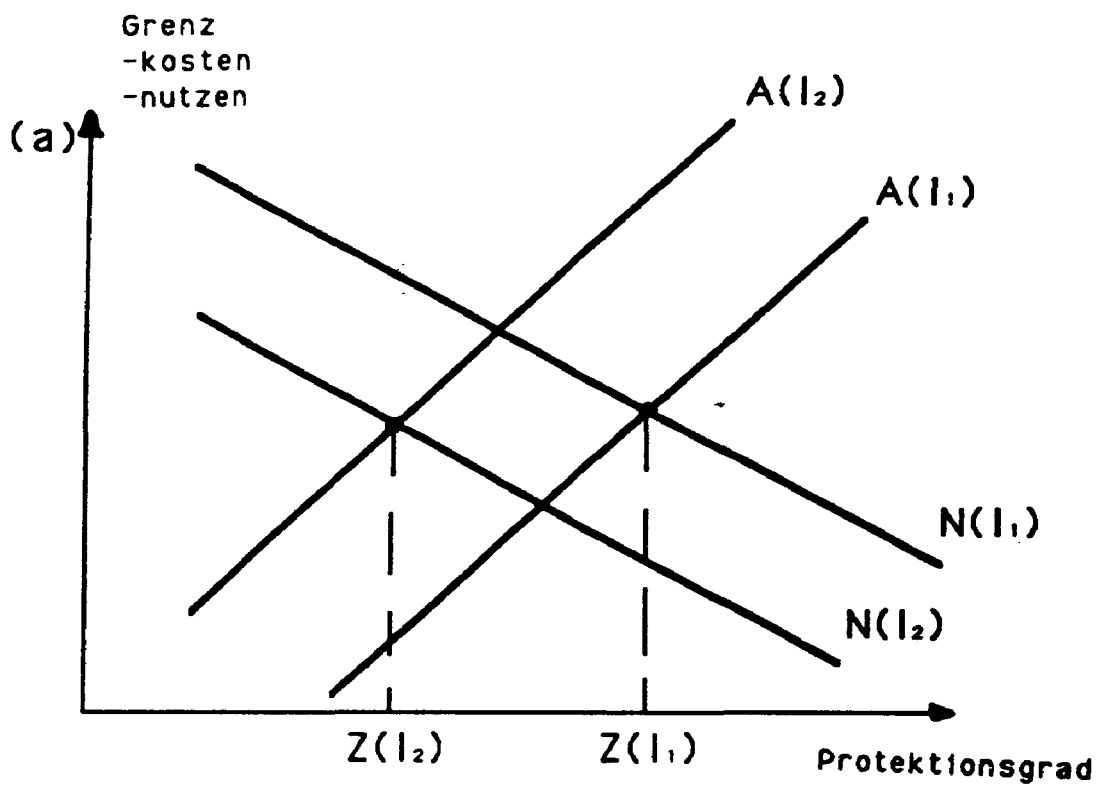
Im unteren **Schaubild (b)** stellt sich die Situation anders dar: Es wird unterstellt, dass das mit geringeren politischen Kosten verbundene Instrument I_1 nun umgekehrt geringere Anreize für Lobbying-Anstrengungen auslöst. Die Nachfrage $N(I_1)$ liegt somit unterhalb von $N(I_2)$. In diesem Fall hängt es von der spezifischen Ausprägung der einzelnen Merkmale ab, welches Instrument zu einem höheren Protektionsgrad führt. In der in Figur 1(b) gewählten Darstellung überwiegt für I_1 der angebotssteigernde den nachfragemindernden Effekt. Ebensogut ist bei einer stärkeren Ausprägung des Nachfrage- gegenüber des Angebotseffektes aber auch das gegenteilige Ergebnis möglich. Es gilt: $Z(I_1) \leq Z(I_2)$.

Die vorhergehenden Ausführungen legen nahe, dass für die handelspolitischen Instrumente folgende Abstufung zutrifft: Am höchsten ist die Nachfrage nach firmenspezifischen Subventionen; Zölle werden dagegen weniger stark, und freiwillige Exportbeschränkungen in noch geringerem Ausmass nachgefragt. Die politischen Kosten sind demgegenüber bei freiwilligen Exportbeschränkungen am geringsten, und entsprechend ist das Angebot vergleichsweise am höchsten. Das Angebot ist niedriger für Quoten und Zöllen, und es ist vergleichsweise am kleinsten, wenn die heimischen Wirtschaftsbranchen mittels firmenspezifischer Subventionen geschützt werden. Für diese Instrumente trifft somit die in Figur 1(b) dargestellte Konstellation zu.¹⁴⁾ Damit kann aber a priori keine Aussage darüber abgeleitet werden, in welcher Weise der im Gleichgewicht erzielbare (gesamte) Protektionsgrad durch eine unterschiedliche Zusammensetzung der Handelshemmnisse beeinflusst wird. Der Effekt auf der Angebotsseite kann die auf der Nachfrageseite induzierten Auswirkungen überwiegen, gerade kompensieren, oder unterschreiten.

Inhaltlich interessante Aussagen können dennoch abgeleitet werden, sofern auf **exogene Änderungen** abgestellt wird, die zu einer Verschiebung der Nachfrage- oder der Angebotsfunktion für eines der Instrumente führen. So haben die Vereinbarungen im Rahmen des GATT dazu geführt, dass der Einsatz tarifärer Massnahmen im Vergleich zu alternativen Handelshemmnissen wenn auch nicht unterbunden, so doch verteuert wurde. Eine solche Politik des Abbaus von

¹⁴⁾ Dieses Ergebnis gilt für den Fall, dass die politischen Kosten entscheidungsrelevant sind. Verfügen die politischen Anbieter hingegen über einen diskretionären Spielraum, so kann auch die in Figur 1(a) dargestellte Konstellation zutreffen.

Figur 1: Alternative handelspolitische Instrumente im politischen Markt für Protektion.



Zöllen bewirkt in einer Konstellation entsprechend Figur 1(a), dass tatsächlich ein Abbau des Protektionsgrades realisiert wird, sofern I_1 dem Instrument des Zollschatzes entspricht. Demgegenüber führt eine entsprechende Verschiebung der Angebotskurve in Figur 1(b) dazu, dass ein Substitutionsprozess, von I_1 zum Instrument I_2 , angeregt wird. Hierdurch wird zwar der Protektionsgrad auch verringert, aber in weitaus geringerem Ausmass.

4. Empirische Evidenz

Es gibt inzwischen eine Vielzahl empirischer Studien, in denen jeweils ausgewählte Aspekte der Politischen Ökonomie des Protektionismus untersucht werden.¹⁵⁾ Einige Arbeiten setzen am politisch ausgeübten Druck oder an der Nachfrage nach Protektion an, in anderen wird das Ergebnis der Interaktion zwischen Nachfrage und Angebot im politischen Prozess analysiert. Besonders häufig wird versucht, die Unterschiede des Protektionsgrades zwischen den Wirtschaftszweigen einer Volkswirtschaft zu erklären, indem im Rahmen von Querschnittsanalysen die empirisch beobachtete branchenspezifische Struktur der Zollsätze zu Industriekennziffern in Beziehung gesetzt werden. In neueren Arbeiten wird auch auf makroökonomische Einflussfaktoren abgestellt, um entweder die Veränderung des Protektionsgrades in einem bestimmten Land über die Zeit, oder aber die Unterschiede im Protektionsgrad zwischen Ländern zu erklären.

Was den Einfluss alternativer institutioneller Rahmenbedingungen betrifft, so sind einige wenige Arbeiten besonders hervorzuheben.¹⁶⁾ Evidenz für die Bedeutung von Regeln und deren Veränderung erhalten z.B. Takacs (1981) in ihrer Untersuchung der "escape clauses" in den Vereinigten Staaten und Schuknecht (1989) hinsichtlich der Anwendung des Art.115 (Gewährung von Protektion gegenüber Drittländern) innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. In seiner Untersuchung der amerikanischen Handelspolitik überprüft Moser (1990) den Einfluss, der von den internationalen Abmachungen im Rahmen des GATT auf die Höhe und die Zusammensetzung von Handelshemmnissen ausgeht. Seine Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Zollschatz infolge des GATT zwar reduziert wurde, dafür aber zunehmend nicht-tarifäre Handelshemmnisse (erfasst anhand von Anti-Dumping Massnahmen) eingesetzt wurden.

¹⁵⁾ Für eine Übersicht siehe z.B. Frey (1985, Kap.3) und Marks/MacArthur (1990).

¹⁶⁾ Zur Relevanz alternativer Institutionen vergleiche in allgemeinem Zusammenhang Pommerehne (1990).

Einige wenige Autoren haben sich direkt mit dem 'Abstimmungsverhalten von Parlamentariern (im amerikanischen Kongress)¹⁷⁾ und der (Schweizer) Bürger in Volksabstimmungen (Weck-Hannemann 1990) auseinandergesetzt. In den meisten Studien wird dabei unterstellt, dass das im Gleichgewicht realisierte Protektionsniveau die Interessen spezifischer Wirtschaftsgruppen und die von den Bürgern über die Wiederwahlrestriktion eingebrachten Wünsche widerspiegelt. Den politischen Anbietern wird kein von den Wählern und Interessengruppen unabhängiger Handlungsspielraum zugestanden. Alternative Institutionen im Sinne, dass die Bürger in unterschiedlichem Ausmass an der politischen Willensbildung beteiligt sind und damit die Opportunitätskosten und der diskretionäre Spielraum variieren, sind - mit Ausnahme der Studie von MacArthur/Marks (1988) - bislang nicht analysiert worden.

In dieser Untersuchung wird die Stimmabgabe der amerikanischen Abgeordneten zu den Opportunitätskosten in Beziehung gesetzt, die den einzelnen Politikern entstehen, wenn sie entgegen den Wünschen der Wähler und der Interessengruppen ihres Wahlkreises "ideologisch" votieren. Zur Identifikation der Opportunitätskosten unterscheiden die Autoren die Abgeordneten danach, ob sie sich ein weiteres Mal zur Wahl stellen konnten, oder ob eine neuerliche Kandidatur aus wahlrechtlichen Gründen untersagt war. Die Ergebnisse deuten auf signifikante Unterschiede und damit auf den Einfluss alternativer institutioneller Bedingungen hin: Diejenigen Abgeordneten, die die Interessen der Wähler und Wirtschaftsverbände in ihrem Wahlkreis berücksichtigen und abwägen müssen, befürworten (*ceteris paribus*) eher protektionistische Massnahmen. Dagegen stimmen Politiker eher für Freihandel, wenn sie ohnehin aus der Regierungsverantwortung ausscheiden. Allerdings ist die "ideologische" Stimmabgabe nicht notwendigerweise mit dem eigennutzorientierten Verhalten identisch. Abgesehen von der fehlenden Wiederwahlrestriktion können nämlich auch andere Unzulänglichkeiten des politischen Systems den diskretionären Spielraum der Politiker begründen. Daher können sie solche Massnahmen durchzusetzen suchen, die ihren Einflussbereich während der (fortwährenden) Ausübung des Abgeordnetenmandats erweitern und die es ihnen erlauben, möglichst hohe Renten abzuschöpfen.

5. Abschliessende Bemerkungen

Die Politische Ökonomie des Protektionismus und die hier vorgenommene institutionelle Analyse stellen auf den innenpolitischen Entscheidungsprozess ab. Untersucht wurde die Interdependenz zwischen den verschiedenen Entscheidungsträgern im politischen Markt für Protektion bei gegebenen politischen

¹⁷⁾ Baldwin (1976); Coughlin (1985), MacArthur/Marks (1988), Tosini/Tower (1989).

Institutionen. Hierzu ist grundsätzlich anzumerken, dass der Ansatz eine erweiterte und verfeinerte Analyse erlaubt - und diese ist auch notwendig, sollen einerseits die spezifischen Unterschiede in der Aussenhandelspolitik von Industrienationen mit einem repräsentativen politischen System (z.B. die Vereinigten Staaten, Japan und die Bundesrepublik Deutschland), und andererseits die handelspolitischen Massnahmen etwa in der Europäischen Gemeinschaft erklärt werden.

In diesem Beitrag wurde versucht, ein Grundgerüst für solch eine verfeinerte und erweiterte Betrachtung bereitzustellen. Eine Ausweitung kann in verschiedener Richtung erfolgen: Sie kann weitere wichtige Merkmale des politischen Entscheidungsprozesses innerhalb der repräsentativen und der direkten Demokratie einschliessen;¹⁹⁾ sie kann sich auf andere politische Systeme auf nationaler Ebene (z.B. autoritäre Staatsformen) beziehen; und sie kann auf die supranationale Ebene übertragen werden.

Erste Ansatzpunkte für solch eine erweiterte Betrachtung liegen bereits vor: So setzen Frey/Buhofer (1986) in ihrer vergleichenden Analyse alternativer Institutionen an idealtypischen Formen der **internationalen Zusammenarbeit** an. Die Autoren kommen zum Ergebnis, dass durch Kooperation und Integration möglicherweise nicht weniger, sondern mehr Protektion zu erwarten ist - eine Aussage, die durch empirische Studien für das GATT unterstützt wird.

Insgesamt legt die institutionelle Analyse nahe, das Augenmerk auf zwei Bereiche zu legen: die Mitspracherechte der Bürger auf nationaler Ebene zu erweitern und gleichzeitig die Information, die Organisationsfähigkeit und die Einflussmöglichkeiten latenter Interessengruppen zu fördern. Grundsätzlich lässt es eine prozessorientierte Sicht als sinnvoller erscheinen, auf eine wirkungsvolle Durchsetzung aller individuellen Interessen zu setzen und hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, als darauf zu vertrauen, dass "wohlmeinende" Politiker oder öffentlich Beschäftigte in Vertretung ihrer Nation, einer Staatengemeinschaft oder gar der Weltwirtschaft eine Liberalisierung der Welthandelsordnung durchsetzen und den protektionistischen Anliegen eine Absage erteilen.

¹⁹⁾ So z.B. die Institution der parlamentarischen Ausschüsse, auf deren Bedeutung bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen Shepsle/Weingast (1981) hinweisen.

Literaturhinweise

- Amelung, Alexis: The Determinants of Protection in Developing Countries: An Extended Interest-Group Approach. *Kyklos* 42/4, 1989, S.515-532.
- Baldwin, Richard: Evaluating Strategic Trade Policies. *Aussenwirtschaft* 43/I-II, 1988, S.207-230.
- Baldwin, Robert E.: The Political Economy of U.S. Trade Policy. Bulletin No.4, Center for the Study of Financial Institutions. New York, 1976 (wiederabgedruckt in Baldwin 1985).
- Baldwin, Robert E.: The Political Economy of US Import Policy. MIT Press, Cambridge/Mass., 1985.
- Baldwin, Robert E.: The Political Economy of Trade Policy. *Journal of Economic Perspectives* 3/4, 1989, S.119-135.
- Coughlin, Cletus C.: Domestic Content Legislation: House Voting and the Economic Theory of Regulation. *Economic Inquiry* 23, 1985, S.437-448.
- Donges, Jürgen B.: Whither International Trade Politics? Worries about Continuing Protectionism. *Kieler Diskussionsbeiträge* 125, 1986.
- Findlay, Ronald und Stanislaw Wellisz: Endogenous Tariffs, the Political Economy of Trade Restrictions, and Welfare. In: Jagdish N. Bhagwati (Hrsg.): *Import Competition and Response*. Cambridge University Press, Chicago, 1982, S.223-234.
- Frey, Bruno S.: *Internationale Politische Ökonomie*. Vahlen, München, 1985.
- Frey, Bruno S. und Heinz Buhofer: Integration and Protectionism: A Comparative Institutional Analysis. *Aussenwirtschaft* 41/2-3, 1986, S.329-350.
- Hillman, Arye L.: Declining Industries and Political-Support Protectionist Motives. *American Economic Review* 72, 1982, S.1180-1187.
- Hillman, Arye L.: *The Political Economy of Protectionism*. Harwood Academic Publ., Chur/London/Paris/New York, 1989.
- Hillman, Arye L. und Heinrich W. Ursprung: Domestic Politics, Foreign Interests and International Trade Policy. *American Economic Review* 78/4, 1988, S.729-745.
- Kaempfer, William H. und Thomas D. Willett: Combining Rent-Seeking and Public Choice Theory in the Analysis of Tariffs versus Quotas. *Public Choice* 63, 1989, S.79-86.
- Kramer, Gerard H.: On a Class of Equilibrium Conditions for Majority Rule. *Econometrica* 41, 1973, S.285-297.
- Krugman, Paul R.: Is Free Trade Passé? *Economic Perspectives* 1/2, 1987, S.131-144.
- Laird, Sam und Alexander Yeats: Nicht-tarifäre Handelshemmnisse der Industrieländer 1966-1986. *Finanzierung und Entwicklung* 26/1, 1989, S.12-13.
- MacArthur, John und Stephen V. Marks: Constituent Interest vs. Legislator Ideology: The Role of Political Opportunity Cost. *Economic Inquiry* 26/3, 1988, S.461-470.
- Magee, Stephen P.: Three Simple Tests of the Stolper-Samuelson Theorem. In: Oppenheimer, Peter (Hrsg.): *Issues in International Economics*. Oriel, Stockfield, 1980, S.138-153.
- Magee, Stephen P., William A. Brock and Leslie Young: *Black Hole Tariffs and Endogenous Policy Theory: The Microfoundations of Political Economy in General Equilibrium*. Cambridge University Press, Cambridge/Mass., 1989 (erscheint demnächst).

- Marks Stephen V. und John MacArthur: Empirical Analyses of the Determinants of Protection: A Survey of Empirical Studies and Some New Results. In: Odell, John S. and Thomas D. Willett (Hrsg.): International Trade Policy: Gains from Exchange between Economics and Political Science. University of Michigan Press, Ann Arbor/ Michigan, 1990 (erscheint demnächst).
- Mayer, Wolfgang: Endogenous Tariff Formation. American Economic Review 74/5, 1984, S.970-985.
- Mayer, Wolfgang und Raymond Riezman: Endogenous Choice of Trade Policy Instruments. Journal of International Economics 23, 1987, S.377-381.
- Mayer, Wolfgang und Raymond Riezman: Tariff Formation in a Multidimensional Voting Model. 1988 (erscheint in Economics and Politics).
- McKelvey, Richard D.: Intransitivities in Multidimensional Voting Models and Some Implications for Agenda Control. Journal of Economic Theory 12, 1976, S.472-482.
- Messerlin, Patrick A.: The Political Economy of Protectionism: The Bureaucratic Case. Weltwirtschaftliches Archiv 117, 1981, S.469-496.
- Moser, Peter: The Political Economy of the GATT with Application to U.S. Trade Policy. SIASR Schriftenreihe 22, Rüegger, Grösch, 1990.
- Nelson, Douglas: Endogenous Tariff Theory: A Critical Survey. American Journal of Political Science 32/3, 1988, S.796-837.
- Pommerehne, Werner W.: The Empirical Relevance of Comparative Institutional Analysis. European Economic Review, 1990 (erscheint demnächst).
- Pommerehne, Werner W. und Jean-Dominique Lafay: Ökonometrische Untersuchungen von Wahlkampfausgaben: Ein Überblick. Jahrbuch für Sozialwissenschaft 34, 1983, S.20-58.
- Romer, Thomas und Howard Rosenthal: Political Resource Allocation, Controlled Agenda, and the Status Quo. Public Choice 33/4, 1978, S.27-43.
- Romer, Thomas und Howard Rosenthal: Bureaucrats versus Voters: On the Political Economy of Resource Allocation in Direct Democracy. Quarterly Journal of Economics 93, 1979, S.563-587.
- Schuknecht, Ludger: The Political Economy of EC Protectionism: National Protection Based on Art.115, Treaty of Rome. Diskussionsbeitrag II/81, Sonderforschungsbereich 178, Universität Konstanz, Konstanz, 1989.
- Shepsle, Kenneth A. und Barry R. Weingast: Structure-induced Equilibrium and Legislative Choice. Public Choice 37/3, 1981, S.503-519.
- Takacs, Wendy E.: Pressures for Protectionism: An Empirical Analysis. Economic Inquiry 19, 1981, S.687-693.
- Tosini, Suzanne C. und Edward Tower: The Textile Bill of 1985: The Determinants of Congressional Voting Patterns. Public Choice 54, 1989, S.19-25.
- Ursprung, Heinrich W.: Die Einführung politischer Elemente in die Theorie der internationalen Handelspolitik: Einige neuere Ergebnisse. Geld und Währung/Monetary Affairs 3/4, 1987, S.28-44.
- Weck-Hannemann, Hannelore: Protectionism in Direct Democracy. Journal of Institutional and Theoretical Economics/Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaft, 1990 (erscheint demnächst).
- Weck-Hannemann, Hannelore: Politische Ökonomie des Protektionismus: Eine institutionelle und empirische Analyse. Mimeo, Universitäten Konstanz und Zürich, 1990(a).